

Stellungnahme der SPD-Fraktion Graben-Neudorf zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005

Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

auch in diesem Jahr möchte ich die Stellungnahme der SPD-Fraktion zum Haushaltsplan der Gemeinde Graben-Neudorf für das Jahr 2005 mit einem Zitat beginnen. Winston Churchill (1874-1965) bringt sein Verständnis von Demokratie zum Ausdruck, was von mir in Bezug auf unseren Gemeinderat nicht ohne Bedacht ausgewählt wurde. Es heißt:

„Demokratie ist die Notwendigkeit, sich gelegentlich den Ansichten anderer Leute zu beugen.“

Alljährlich bietet die Verabschiedung des Haushaltsplanes für das nächste Haushaltsjahr den Fraktionen der im Gemeinderat vertretenen Parteien die Möglichkeit, ihre Meinungen zu aktuellen Themen in der Gemeinde einer breiten Öffentlichkeit dar zu legen. Dieses „Königsrecht“ des Gemeinderates gewinnt in der Gemeinde Graben-Neudorf eine immer größere Bedeutung, da es immer schwieriger wird, über wichtige, die Gemeinde betreffende Fragen, zu diskutieren. Dies liegt zum einen an der stark reduzierten Anzahl von Ausschuss- und Gemeinderatssitzungen (wir befinden uns heute, am 31. Januar 2005, in der ersten Gemeinderatssitzung des Jahres 2005) zum anderen daran, dass in vielen Entscheidungen am Gemeinderat vorbei „regiert“ wird.

Der Bund gibt – das Land kassiert

Die finanzielle Situation unserer Gemeinde wird derzeit von zwei Reformmaßnahmen der Bundesregierung geprägt – der Gewerbesteuerreform und der Arbeitsmarktreform.

Mit der Gemeindefinanzreform hat die Bundesregierung die finanzielle Situation der Gemeinden und Städte deutlich verbessert. So hatten die Kommunen in Baden-Württemberg durch die Reform der Gewerbesteuer, die mit Beginn des Jahres 2004 in Kraft getreten ist, 387 Mio. € mehr zur Verfügung, in diesem Jahr werden es voraussichtlich 450 Mio. € mehr sein.

Auch die Arbeitsmarktreform Hartz IV bringt für die Kommunen über Einsparungen beim Wohngeld beträchtliche Mehreinnahmen. Für die Städte und Gemeinden belaufen sich die Entlastungen in diesem Jahr auf 132 Mio. €. Doch bislang weigert sich das Land Baden-Württemberg, diese Einsparungen beim Wohngeld in voller Höhe an die Kommunen weiter zu geben. Statt dessen rechnet die Landesregierung Mehrausgaben beim Umsatzsteuerausgleich für die neuen Bundesländer dagegen und will den Kommunen lediglich 33 Mio. € überweisen, also den eigentlich den Kommunen zustehenden Betrag um 99 Mio. € kürzen! Weil das Land den Kommunen regelrecht die Luft abschnürt, hat der Kreistag Karlsruhe Land bereits im November 2004 eine Resolution verabschiedet, die sich gegen die massiven Eingriffe in die geltende Finanzverteilung zwischen Land und Kommunen wendet. Dabei sollen in den Jahren 2005 und 2006 jeweils bis zu 350 Millionen Euro jährlich der kommunalen Finanzmasse zu Gunsten des Landes entzogen werden. Vor wenigen Tagen haben die kommunalen Landesverbände (Gemeindetag, Städtetag und Landkreistag) vor dem Finanzausschuss des Landtags Baden-Württemberg gegen weitere 208 Millionen Euro Kürzung protestiert.

Finanzsituation in Graben-Neudorf

Die Verwaltung und die CDU im Gemeinderat haben sich hinsichtlich der finanziellen Situation unserer Gemeinde schon oft getäuscht und eine katastrophale Finanzlage von Graben-Neudorf an die Wand gemalt. Für die letzten beiden Jahre schlägt die Fehlprognose allerdings dem Fass den Boden aus:

Für das Haushaltsjahr 2003 ergaben sich 4,2 Mio. € Differenz von Haushaltsplanung und Jahresrechnung zu Gunsten der Gemeinde!

Für 2004 hatten Sie, Herr Bürgermeister, noch nicht dazu gelernt. Auch für das Jahr 2004 war ursprünglich eine Zuführung vom Vermögenshaushalt an den Verwaltungshaushalt in Höhe von 443.000 € vorgesehen, doch kann nun voraussichtlich wieder umgekehrt mit einer Zuführung von 2,7 Mio. € an den Vermögenshaushalt gerechnet werden. Die damit auf **13.599.310 €** angewachsenen **Rücklagen** Ende des Jahres 2004 bilden eine solide Grundlage für die finanziellen Herausforderungen der kommenden Jahre und zeigen, wie gut unsere Gemeinde auch im Vergleich mit den meisten anderen Gemeinden des Landkreises finanziell aufgestellt ist.

Zieht man nun die Besserstellung der Finanzsituation der Kommunen auf Grund der Gewerbesteuerreform durch die Bundesregierung mit in Betracht, so kann – anders als von manchen Gemeinderatsmitgliedern aus der CDU orakelt – von einer soliden Finanzsituation unserer Gemeinde auch im Jahre 2005 ausgegangen werden. Graben-Neudorf war, ist und bleibt auch in Zukunft eine über die Maßen leistungsfähige Gemeinde! Dafür werden wir Sozialdemokraten im Graben-Neudorfer Gemeinderat durch eine maßvolle Haushaltspolitik wie schon in den vergangenen Jahren auch weiterhin sorgen. Allerdings müssen wir, um unseren Beitrag zur Gesundung der Wirtschaft zu leisten, für die nächste Zukunft stärker darauf achten, dass gerade in wirtschaftlich schlechten Zeiten nicht auf „Teufel komm’ ’raus“ gespart wird – man kann sich auch zu Tode sparen. Vielmehr kommt es heute darauf an, dass unsere leistungsstarke Gemeinde mit Augenmaß für die Zukunft investiert und es nicht beim pessimistischen Raunen ob der schlechten Zeiten belässt.

Jahrhundertaufgabe Ortgestaltung nach Fertigstellung der Umgehungsstraße B36

Den Baufortschritt an der B36 Ortsumgehung kann man inzwischen recht deutlich sehen und auch die Ergebnisse der Überlegungen zur Umgestaltung der Ortskerne und der künftigen Verkehrsführung in Graben-Neudorf wurden bereits einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt. Allerdings halten wir die Vorgehensweise der Verwaltung bei dem momentanen Sachstand für nicht gerechtfertigt. Was bezweckt man damit, wenn einzelne Pläne, die zwar vom beauftragten Planungsbüro Modus Consult im Gemeinderat vorgestellt, jedoch in keinsten Weise ernsthaft diskutiert und über die schon gar nicht entschieden wurde, in Hochglanzprospekten an alle Haushalte verteilt werden? Soll der Gemeinderat und die Bevölkerung mit dieser Vorgehensweise manipuliert werden? Wir stellen fest, dass sich die SPD-Fraktion und mindestens offiziell auch der Gemeinderat noch in keinsten Weise auf irgend eine der vom Planungsbüro Modus Consult vorgestellten Planungsvarianten festgelegt hat. Auf Basis welcher Beschlüsse wurde also eine Auswahl getroffen? War auch dafür der Rathauschef alleine verantwortlich? Erhält auch jede im Gemeinderat vertretene Fraktion die Möglichkeit, ihre Gestaltungswünsche in einer Hochglanzbroschüre allen Bürgerinnen und Bürgern auf Kosten der Gemeinde vorzustellen?

Wir fordern eine umfassende Diskussion im Gemeinderat und eine Aufteilung in Einzelprojekte. Maßnahmen, die zur Verbesserung der Verkehrssituation in Graben-Neudorf unumstritten notwendig sind, wie zum Beispiel eine andere Verkehrsführung bei der Einmündung der Bahnhofstraße in die Hauptstraße, müssen dringend angepackt werden, ortsgestalterische Maßnahmen, wie zum Beispiel die Umleitung der Hauptstraße über den Bahnhofsring zur Schaffung eines verkehrsfreien Platzes vor dem Rathaus, bedürfen einer etwas genaueren Beurteilung.

Wir halten es für dringend erforderlich, dass vor einer endgültigen Entscheidung über eine neue Trasse eine spezielle Verkehrsuntersuchung mit der Frage nach dem Ziel- und Quellverkehr durchgeführt wird.

Außerdem fordern wir, dass keine Entscheidungen über eine geänderte Verkehrsführung getroffen werden, bis eine Neuklassifizierung der Bundes- und Landesstraßen in Graben-Neudorf erfolgt ist.

Betreuungseinrichtungen

Die PISA- Studie hat uns aufgerüttelt. Jammern hilft nicht. Umdenken auf allen Ebenen ist angesagt.

Nehmen wir den Vergleich zu Finnland, einem wirtschaftlich schwächeren Land und doch ganz vorne bei der PISA- Studie. Finnlands Geburtenrate übersteigt die deutsche um derzeit 35 Prozent. 54 Prozent der unter 3-jährigen besuchen Betreuungseinrichtungen. In Baden-Württemberg sind es weniger als 5 Prozent.

Die Für- und Wider- Diskussion ist lange genug geführt worden. Alle mussten erkennen, dass sich das Frauenbild und somit auch die Gesellschaft verändert haben. Es ist eindeutig, durch die Tagesbetreuung von Kleinkindern gewinnt die Gesellschaft, weil jungen Paaren die Entscheidung für Kinder erleichtert wird und die Wirtschaft gewinnt, weil gut qualifizierte Frauen früher in den Beruf zurückkehren.

Wir begrüßen es außerordentlich, dass jetzt endlich auch in der Gemeinde Graben-Neudorf eine **Kleinkinderbetreuung** eingerichtet werden soll.

Wir tragen auch die Entscheidung für den vorgesehenen Ort und die damit verbundene Trägerschaft mit. Wir mahnen aber an, dass in zwei bis drei Jahren, wenn laut Statistik die Kindergartenzahlen zurückgehen, unsere bestehenden Kindergärten in die Kleinkinderbetreuung mit einbezogen werden. Wir denken da an altersgemischte Gruppen.

Allerdings können wir uns nicht mit dem durch die Verwaltung in der Verwaltungsausschuss-Sitzung am 27. September 2004 vorgestellten Modell der Kleinkinderbetreuung (man denkt hier an eine Öffnungszeit von 7.00 bis 13.30 Uhr) anfreunden. Wenn man sieht, dass manche Mütter die größten Probleme haben, ihre Kinder rechtzeitig von der Kernzeitbetreuung abzuholen, weiß man, wovon wir sprechen. Frauen in qualifizierten Berufen, von denen Flexibilität erwartet wird, können mit diesen Zeiten nicht zurechtkommen.

Wir dürfen nicht auf halbem Weg stehen bleiben. Es muss die Möglichkeit der Ganztagesbetreuung geben, aber die Gebühren sollten nicht mehr als 50 Prozent über den Gebühren unseres Ganztageskindergartens liegen. Eine Hausnummer sei hier genannt: Die AWO in Karlsruhe verlangt für Kleinkinder in der altersgemischten Gruppe für die Ganztagesbetreuung einschließlich eines Mittagessens 299 EURO. Die Warteschlangen sind lang.

Des weiteren müssen wir in diesem Zusammenhang zum wiederholten Male die Einrichtung eines **Schülerhorts für Grundschüler** anmahnen.

Mit großer Freude und Genugtuung haben wir den einstimmigen Gemeinderatsbeschluss zur Kenntnis genommen, die AWO bei der Einrichtung ihrer Zwergenstube zu unterstützen. Wir wünschen einen guten Start im Februar 2005.

Mit dem **Familienzentrum M.A.U.S.** ist in den Räumen des Jugendzentrums eine gute Einrichtung geschaffen worden. Hier sind Menschen aller Altersgruppen willkommen. Man kann sich helfen lassen und sich selber engagieren. Wir wünschen weiterhin gutes Gelingen.

Sprachförderung im Vorschulalter ist uns ein wichtiges Anliegen. Leider wird in unserer Gemeinde bis jetzt nur im kommunalen Kindergarten diesem Anliegen Rechnung getragen.

Unsere Kindergärten sind schon längst nicht mehr reine "Bewahrungseinrichtungen" und die Erzieherinnen und Erzieher haben aus eigener Kraft viel erreicht. Trotzdem müssen wir intervenieren, was die Sprachförderung angeht.

Damit die derzeit in den Kindergärten tätigen Fachkräfte zu Sprachstandsbeobachtungen in der Lage sind, bedarf es einer Fort- und Weiterbildungsoffensive.

Durch die Fördermaßnahmen der Landesstiftung wurden bis Anfang 2004 nur rund 9000 Kinder in BW erreicht. Notwendig wären jedoch Angebote für 30.000 bis 35.000 Kinder gewesen. Wir beantragen, dass sich die Verwaltung darum bemüht, dass sich auch die kirchlichen Kindergartenträger an der Sprachförderung beteiligen. Da das Geld der Landesstiftung nur in Ausnahmefällen ausreicht, muss ein Zuschuss durch die Gemeinde nachhelfen.

Die Sprachlernfähigkeit beginnt schon bei der Geburt und was wir im Kindergarten versäumen, ist nicht mehr aufzuholen, und alle Reparaturversuche werden viel teurer. Es ist doch bezeichnend, dass seit Einführung einer Fremdsprache ab dem ersten Schuljahr diese Schüler erstaunliche Fortschritte erzielt haben, vor allem was das Verstehen der erlernten Fremdsprache anbelangt, aber immer noch ein hoher Prozentsatz dieser Kinder nicht altersgerecht die deutsche Sprache beherrscht.

Schulen

Der **Schulhof** der **Erich-Kästner-Schule** ist bildlich gesprochen eine „Steinwüste“. Es kann nun nicht angehen, dass alle Versuche des Schulleiters, der Lehrer, der Eltern und des Fördervereins scheitern, was die Gestaltung dieses Bewegungsraumes für unsere Kinder anbelangt.

"Kinder und Jugendliche waren, was die Bewegung anbelangt, noch nie so inaktiv wie heute", mahnten Kinder- und Sportärzte im Frühjahr 2004.

Die Studie "Fitness in der Grundschule" an der Universität Karlsruhe hat gezeigt, dass die körperliche Leistungsfähigkeit von Schulkindern im Langzeitvergleich der vergangenen 20 Jahre um 20 Prozent gesunken ist.

Am gravierendsten sind motorische Schwierigkeiten. Rund 40 Prozent der Schulkinder leiden heute unter teilweise schweren Koordinationsstörungen. Dabei beweisen wissenschaftliche Erkenntnisse, dass es einen engen Zusammenhang zwischen intellektueller Fähigkeit und aktivem Bewegungsdrang gibt. Da es um den täglichen Bewegungsdrang geht und unsere qualifizierten Sportvereine nicht alles richten können, beantragen wir, dass Schule, Eltern, Gemeinderat und Verwaltung sich mit diesem Thema beschäftigen und ein Konsens gefunden wird, wie auf diesem großen Schulhof etwas entstehen und wachsen kann, zum Wohle unserer Kinder.

Des Weiteren sollte sich der Gemeinderat des "**Malkellers**" annehmen. Durch entsprechende Brandschutzmaßnahmen wäre es möglich, die Schulraumkapazität zu erweitern. Das würde auch der außerordentlich gut angenommenen Kernzeitbetreuung helfen, weil es da ständig Raumprobleme gibt.

Unsere **Pestalozzischule** hat in der **Ganztagschule** eine weitere Klasse hinzubekommen und der Preis für das Mittagessen war neu festzulegen. Mit dem ausgehandelten Kompromiss ist unsere Schmerzgrenze erreicht und wir drängen darauf, dass im Schuljahr 2005/06 der Preis von 3,00 Euro beibehalten wird.

Die steigende Zahl der Ganztagschulen ist aus Sicht der Deutschen Gesellschaft für Ernährung eine Chance für eine gesündere Ernährung von Schulkindern, eine gute Alternative zu Imbiss- oder Dönerbuden oder dem Griff zu Süßigkeiten. So können Kinder ihr Normalgewicht halten. Grund genug dafür zu sorgen, dass sich alle das Mittagessen auch leisten können.

Ganz besonders bedanken wir uns bei der Bundesregierung für 90 % Zuschuss zu den Baukosten von zirka 300.000 Euro für den **Mensa-Anbau an die Pestalozzischule**. Der Spatenstich zum Baubeginn findet am Donnerstag, 3.2.05, um 15.30 Uhr statt.

Vor der **Adolf-Kußmaul-Schule** braucht man unserer Meinung nach mehr als nur „einfache Lösungen“. Wir mahnen den zügigen Ausbau der bereits beschlossenen **Verkehrsberuhigungsmaßnahmen** an. Eine Einbahnstraßenregelung halten wir selbst als Versuch nicht für sinnvoll.

Bibliothek

Lassen sie mich wieder auf Finnland zurückkommen. Ein Grund für das gute Abschneiden der finnischen Schüler bei der PISA- Studie (Lesekompetenz 1. Platz) ist die finnische Lesekultur. In Finnland ist die Bücherei ein Ort, an dem man sich aufhält und nicht nur Medien ausleiht. Viele Kinder aller Altersgruppen sind dort anzutreffen. Und - kaum zu glauben - überall ist Ruhe, Arbeitsruhe. Bibliotheksbesuche gehören zum Alltag. Kindergärten und Schulen sind ständige Besucher. Aus dieser Tatsache können wir nur eine Konsequenz ziehen. Wir müssen die Öffnungszeiten unserer Bibliothek erweitern.

Die SPD-Fraktion beantragt die Erarbeitung eines abgestimmten Konzeptes für eine **Ausweitung der Öffnungszeiten** der Gemeindebibliothek.

Bündnisse für Familien

Sie, Herr Bürgermeister, haben beim Neujahrsempfang der Gemeinde u.a. die mangelnde Familienfreundlichkeit in unserer Gesellschaft kritisiert und weitaus mehr Engagement für Familien, Kinder und Jugendliche von allen Bevölkerungsgruppen, der lokalen Wirtschaft, Unternehmen und Verbänden gefordert.

Auch wir wollen, dass es den Familien besser geht! Wir wollen, dass die Gemeinde Graben-Neudorf Zeichen setzt und Familienfreundlichkeit nicht nur in Sonntagsreden definiert. Familienfreundlichkeit bringt allen Gewinn, insbesondere den Familien, Kindern und Jugendlichen.

Herr Bürgermeister, die SPD Fraktion wird Ihnen heute den Antrag zur Aufnahme in das Förderprogramm des Bundes und der Europäischen Union „Lokale Bündnisse für Familien - viele Partner für mehr Familienfreundlichkeit“ übergeben und beantragt die Behandlung dieses Themas im Gemeinderat.

In Zusammenarbeit mit wichtigen Partnern wie den Vereinen, den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege, der Arbeiterwohlfahrt, den Kirchen, Partnern aus der Wirtschaft und lokalen Betrieben können so aus neuen Ideen viele gute und praktische Hilfen für Familien entstehen. Eine Gemeindeverwaltung kann dies alleine nicht leisten. Praktische Lösungen für ein familienfreundliches Lebensumfeld erhöhen die Attraktivität unserer Gemeinde und verschaffen uns einen wichtigen Standortvorteil gegenüber anderen Städten und Gemeinden.

Grundsicherung für Arbeitssuchende

Im Juni 2004 waren laut Aussage der Gemeinde 448 Menschen in Graben Neudorf arbeitslos gemeldet. Diese Zahl verdeutlicht, dass auch in Graben-Neudorf Handlungsbedarf dafür besteht, Arbeitssuchenden wieder in ein Beschäftigungsverhältnis zu helfen. In öffentlichen und gemeinnützigen Bereichen müssen Rahmenbedingungen für die Beschäftigung von Menschen geschaffen werden, denn es gilt, einen Sinneswandel zu vollziehen: Arbeitssuchende nicht mehr als Leistungsempfänger, sondern als Leistungserbringer zu betrachten. Der amerikanische Großindustrielle Henry Ford (1863 – 1947) brachte diese Notwendigkeit auf den Punkt:

„Arbeit gibt uns mehr als den Lebensunterhalt, sie gibt uns das Leben.“

Die Umsetzung dieser Arbeitsmarktreform (umgangssprachlich Hartz IV) stellt die Verwaltung, insbesondere in den Landkreisen vor große Probleme. Nicht dass diese Probleme unlösbar wären. Nein, der Verdacht liegt nahe, dass es an der nötigen Motivation oder an dem notwendigen Sachverstand der Entscheidungsträger liegen könnte, dass Hartz IV seit dem 1.1.2005 nicht im Sinne des Gesetzgebers lokal umgesetzt worden ist.

Da der Landkreis bisher keine Regelung für seine Gemeinden favorisiert, beziehungsweise eine eigene Regelung ablehnt oder deren Notwendigkeit ignoriert, sind die Gemeinden im Landkreis in ihrer Kompetenz gefragt.

Die SPD-Fraktion im Gemeinderat der Gemeinde Graben-Neudorf beantragt deshalb die Schaffung von Stellen und Beschäftigungsmöglichkeiten im Sinne des Gesetzes für Arbeitslosengeld II - Bezieher in der „Mehrbedarfsvariante“ durch die Gemeindeverwaltung. Nutznießer könnten die Gemeinde aber auch die ortsansässigen Vereine sein. Arbeitsprojekte wie die Sanierung und Pflege von Vereins- und Sportanlagen wären genauso denkbar, wie die Wiederherstellung der durch Vandalismus zerstörten gemeindeeigenen Einrichtungen und Kinderspielplätze.

Wir fordern Sie, Herr Bürgermeister, und die Gemeindeverwaltung auf, sich engagiert um die Menschen in Graben-Neudorf, die von Arbeitslosigkeit bedroht oder bereits arbeitslos sind, zu kümmern, sie zu unterstützen und die entsprechenden gesetzlichen Möglichkeiten, die uns das Gesetz zur Grundsicherung für Arbeitssuchende (Hartz IV) bietet, umzusetzen.

Jugendlichen, die sich gerade im Übergang von der Schule in die Ausbildung befinden, gilt hierbei unsere besondere Aufmerksamkeit. Sie zu unterstützen und ihnen unsere Hilfe anzubieten, muss uns ein weiterer Schwerpunkt sein. Eine enge Kooperation zwischen Gemeinde, Schule, Arbeitsverwaltung und der Arbeitsgemeinschaft ARGE ist hierfür Voraussetzung.

Organisationsgutachten

Eine Bringschuld hat die Verwaltung im Hinblick auf ihre interne Organisation zu erfüllen. Dies stellt das Ergebnis des Organisationsgutachtens dar, das von der Gemeinde an die Firma Heyder und Partner in Auftrag gegeben worden war. Danach soll nun insbesondere die Organisationsstruktur verschlankt werden. Ein anderes wichtiges Ergebnis stellt der Befund des Gutachtens dar, dass in manchen Bereichen der Gemeindeverwaltung eine Überlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fest zu stellen ist, während hingegen in anderen Bereichen die Bediensteten nicht ausgelastet sind. Hier besteht schon aus allgemeinen Gerechtigkeitserwägungen ein dringender Handlungsbedarf, der sich vor allem an Sie, Herr Bürgermeister, als deren Chef richtet!

Sperrmüllabfuhr

Das in unserer Gemeinde zur Zeit praktizierte Sperrmüll-Abfuhr-System führt, eigentlich seit seiner Einführung den Grundgedanken des Müll-Vermeidens ad absurdum. Jeder kann heraus stellen was und wie viel er will. Ein zusätzliches Ärgernis ist für viele Bürgerinnen und Bürger dabei, dass uneingeladene Mülleinsammler mit ihren Kleinbussen während der Sperrmüllabfuhrtage in unseren Ort einfallen und den am Straßenrand stehenden Müll durchwühlen. Die dabei verursachten Verunreinigungen und Verkehrsbelästigungen haben inzwischen ein Maß erreicht, das viele Bürgerinnen und Bürger regelrecht beunruhigt, ja sogar ängstigt. Hinzu kommt eine nicht unerhebliche „Begleitkriminalität“ sowie der Missbrauch öffentlicher Flächen als „Campingplätze“ und „Müllsortieranlagen“. Was übrig bleibt sind - außer Ärger - Verschmutzungen, für deren Beseitigung letztendlich die Gemeinde zuständig ist.

Wir beantragen eine Behandlung dieses Themas im Gemeinderat mit der Absicht, Regelungen zu schaffen, die den geschilderten Missständen entgegen wirken.

Sportlerehrung

Die SPD-Gemeinderatsfraktion beantragt die Wiederbehandlung der Durchführungsform der Sportlerehrung. In vielen Gesprächen mit Vereinsvertretern über die erstmals praktizierte Form dieser Ehrung verdienter Sportler durch die Gemeinde hat sich Widerstand gezeigt, der inhaltlich nicht von der Hand zu weisen ist.

Herr Bürgermeister, wie Sie an unseren Ausführungen zum Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2005 erkennen konnten, gibt es Gelegenheit genug, die Kompetenz „Ihres“ Gemeinderates zu nutzen. Dies ließe sich am ehesten durch häufigere Sitzungen des Gemeinderates erreichen.

Mit einem Zitat des britischen Politikers Clement Attlee (1883-1967) komme ich zum Ende meiner Ausführungen. Attlee ging auf die folgende polemische Definition des Begriffes Demokratie ein:

„Demokratie heißt Regierung durch Diskussion, aber sie ist nur wirksam, wenn man die Leute dazu bringt, dass sie aufhören, nur zu reden.“

Er erwiderte:

„Ich definiere Demokratie ebenso. Aber ich glaube, dass sie gerade durch Diskussion funktioniert. Deshalb komme ich nun zum Ende. Denn ich habe sie lange genug vom Reden abgehalten und freue mich auf die Diskussion!“

Wir danken allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Gemeindeverwaltung sowie den Kolleginnen und Kollegen für die Zusammenarbeit.

Die SPD-Fraktion wird der Haushaltssatzung und den angeschlossenen Plänen für das Jahr 2005 ihre Zustimmung erteilen. Wir tun dies allerdings unter Vorbehalt der Ergebnisse der Beratungen am 21.02.05 im Verwaltungsausschuss zum Stellenplan.

Für die SPD-Fraktion

Wolfgang Bauer